

DEMOKRATIE  
gegen Menschenfeindlichkeit

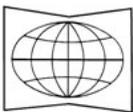
Zeitschrift für  
Wissenschaft und Praxis

# (De)Legitimationen von Wissen

Infragestellungen institutioneller  
Wissensproduktion als Herausforderung  
für die Demokratie

Mit Beiträgen von

Luis Caballero, Gamze Damat, Paul Erxleben, Timo Faulborn, Samuel Greef,  
Lukas Heller, Oliver Honer, Saara Inkinen, Philipp Kranemann,  
Markus Linden, Katrin Maier, Stine Marg, Ansgar Martins, Kurt Möller,  
Florian Neuscheler, Kai Nolde, Leonie Nützl, Jan Rau, Wolfgang Schroeder,  
Jennifer Ten Elsen, René Treibert, Laura Weidig, Jochen Zenthöfer



---

WOCHENSCHAU VERLAG

# INHALT

---

Editorial .....	5
-----------------	---

## Schwerpunkt

Markus Linden: „Bündnis zwischen Mob und Elite“. Das aktuelle Phänomen postfaktischer Wissenschaft und „Intelligenz“ aus der Perspektive Hannah Arendts .....	12
Stine Marg: Zwischen überhöhten Erwartungen und fehlendem Vertrauen: Wissenschaftsgläubigkeit und -skepsis im Kontext der Energiewende .....	30
Jochen Zenthöfer: Plagiate in Politik und Wissenschaft – Delegitimierungen von Wissen(schaft) für persönliche Egos.....	46
Gamze Damat: Beratung und Prävention bei demokratiefeindlichen Vorfällen an Hochschulen .....	64
Leonie Nützl: Shitstorm gegen neuen Studiengang .....	73
Timo Faulborn, René Treibert: Cybersicherheit im Hochschulsektor – Universitäten im Visier von Cyberkriminellen .....	76
Philipp Kranemann, Ansgar Martins: Esoterik und politische Bildung .....	92
Luis Caballero, Paul Erxleben, Laura Weidig: Corona-Leugnung und -Protest als Nährböden von Radikalisierung: Schlussfolgerungen aus dem Mord in Idar-Oberstein.....	108

## Forum

W. Schroeder, S. Greef, L. Heller, J. Ten Elsen, S. Inkinen: Zivilgesellschaft unter Druck – Reaktionen auf Angriffe von Rechts.....	121
Kurt Möller, Oliver Honer, Katrin Maier, Florian Neuscheler, Kai Nolde: Faktoren und Prozesse der Distanzierung von ‚islamistischen‘ Haltungen in frühen Stadien.....	130
Jan Rau: Digitaler Rechtsextremismus im Jahr 2023: Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und erste Antworten aus der Forschung.....	141

## Marktplatz

Der weiterbildende Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ ist im Wintersemester 2022/23 gestartet .....	154
Erscheinungsformen der extremen Rechten zwischen Ökologie und Esoterik – Ein Einblick in ländliche Räume Nordhessens.....	156
Von Niedersachsen zum IS – Zur Rolle der DIK-Moschee in Hildesheim.....	157
Rechte und antidemokratische Strukturen im Erzgebirgskreis.....	159
Digital Awareness – Datenbasierte Analysen für demokratische Kultur .....	161
Themendossier „Sport, Werte und Politik“ .....	163
Wissenschaft im digitalen Raum.....	164
Extrem Einsam? Kollekt – ein Projekt vom Progressiven Zentrum .....	165
Jugend(sozial)arbeit im Kontext multipler Krisen. Gelegenheiten für den Rechtsextremismus? .....	167
Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten – Leipziger Autoritarismus Studie 2022 erschienen.....	169
Start der BMBF-Förderlinien in der Rechtsextremismus- und Rassismusforschung.....	170

## Buchbesprechungen

Helmolt Rademacher: Konfliktstruktur in der Schule entwickeln. Wie Demokratiebildung gelingt. (von Reiner Becker).....	172
Bürgin, Julika: Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. (von Bettina Lösch).....	174
Kai E. Schubert (Hg.): Gesellschaftliche Spaltungstendenzen. Beiträge zu einer zeitgemäßen politischen Bildung für die und in der Polizei (von Klaus-Peter Hufer).....	176

Autorinnen und Autoren.....	178
-----------------------------	-----

## EDITORIAL

### (De)Legitimationen von Wissen

#### Infragestellungen institutioneller Wissensproduktion als Herausforderung für die Demokratie

Krisen um Ressourcenknappheit und Umweltkatastrophen, die Covid-19-Pandemie, Kriege und Migrationsbewegungen verlangen nach einer informationellen Begleitung und Aufarbeitung, deren konkreter Umsetzung hohe politische Bedeutung zukommt. Wer komplexe Sachverhalte verständlich erklären kann, vermag damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, zu einem Prozess der Meinungsfindung und nicht zuletzt auch der politischen Umsetzung von Maßnahmen.

So wundert es kaum, dass Kämpfe um Wissenshoheit die Krisen der letzten Jahre begleitet haben und an Brisanz gewinnen. Wissenschaftler\*innen versuchen – von der Politik sowohl gefördert als auch gefordert – einer allgemeinen Öffentlichkeit ihre Erkenntnisse näher zu bringen und geraten dabei in diskursive Fallstricke; etablierte Leitmedien sehen sich in ihrer Rolle, gesellschaftliche Debatten zu ermöglichen und zu gestalten, herausgefordert und mit ungewohnter Konkurrenz konfrontiert. Extreme Akteur\*innen bauen eigene Mediennetzwerke auf, die Faktizität infrage stellen und sich gegenseitig in ihrer Weltsicht bestätigen; Individuen sehen sich oftmals überfordert, ein solches Informationsangebot unterschiedlichster Urheber\*enschaft und Zielsetzung zu navigieren.

Aus einer systemtheoretischen Perspektive untersucht der Soziologe Nils Kumkar das Phänomen der „Alternativen Fakten“ in seiner gleichnamigen Studie anhand der Beispiele der Amtseinführung von Donald Trump, der Covid-19-Pandemie und der öffentlichen Debatte zum Klimawandel (Kumkar 2022). Im Gegensatz zu Verschwörungstheorien, die als Konstruktion von Wirklichkeit erklärt werden könnten, seien alternative Fakten als eine kom-

munikative Form zu betrachten, „deren Funktion in der Problematisierung einer Tatsachenfeststellung besteht, die folglich nicht als Grundlage einer Entscheidung vorausgesetzt werden kann“ (Kumkar 2022: 218). Funktionier-te dieses Vorgehen früher durchaus noch für diejenigen, die den Klimawandel prinzipiell in Abrede stellten, so hat sich dies aufgrund der evidenzbasierten, erdrückenden Faktenlage mittlerweile geändert. Heute besteht eine gängige Strategie darin, den *von Menschen verursachten* Klimawandel infrage zu stellen und damit auch alle politischen Maßnahmen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch reduzieren sollen. Die Motivation für die Verbreitung solch alternativer Fakten besteht mit Kumkar für die Protagonist\*innen darin, eine argumentative Grundlage herzustellen, um weiterzumachen wie bisher.

In diesem Argument zeichnet sich die Herausforderung für die Praxis der politischen Bildung und Beratung ab, denn die notwendige Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen berührt die Lebenswirklichkeit und das Konsumverhalten aller Menschen, die Einschnitte in Lebensgewohnheiten sind als drastisch zu erwarten und Abwehrhaltungen gegen solcherlei Transformationsprozesse unter dem Stichwort einer drohenden „Ökodiktatur“ bewegen sich dann nicht mehr entlang altbekannter gesellschaftspolitischer Demarkationslinien, sondern quer durch die gesamte Gesellschaft. Die These sei gewagt, dass die Konflikte im Kontext der Pandemiebekämpfung hierzu eine laue Overtüre waren. Denn die delegitimierenden Instrumente zur Leugnung des anthropomorphen Klimawandels liegen schon lange bereit: Quant, Richter und Salheiser (2022) sehen ein breites Netzwerk in Form einer „antiökologischen Internationalen“ (145 ff.) am Werk, – vom 2003 gegründeten „Non-governmental International Panel on Climate Change“ (NIPCC) als Versuch, einen Antagonisten zum IPCC auf internationaler Ebene zu etablieren, bis hin zu Organisationen wie dem „Institut für Klima und Energie e.V.“ (EIKE) in Deutschland oder, ergänzend, Initiativen wie „Vernunftkraft“ (die Argumentationshilfen für Windkraftgegner\*innen bundesweit bieten). Mechanismen der Delegitimation von Wissen decken mit Kumkar auch die Grenzen der Aufklärung auf: „An alternativen Fakten als praktische Weigerung, sich auf zugleich implizit anerkannte Wahrheit der Gesellschaft festlegen zu lassen, stößt die Aufklärung an ihre Grenze, weil ihr die Geschäftsgrundlage der rationalen Verständigung entzogen wird“ (Kumkar 2022: 297).

Die Pandemie hat jedoch auch gezeigt, dass Wissenschaft und Politik eigene Systeme sind, deren Kompatibilität sich nicht in noch so zahllosen Talkshows herstellen lässt – wissenschaftliche Erkenntnisse ersetzen nicht

die Komplexität des politischen Handelns. Dies gerinnt dann zum Problem mit autoritärem Einschlag, wenn ungewollt wissenschafts*gläubig* gefordert wird, dass evidenzbasiertes Wissen immer eins zu eins politisch umgesetzt werden müsste. In ihrer Studie „Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie“ identifizieren Oliver Decker u. a. (2022) drei Gruppen mit unterschiedlichen Ausprägungen von autoritären Einstellungen: neben „Ungeimpften“ und „gemäßigten Geimpften“ auch eine Gruppe sog. ‚autoritärer Geimpfter‘, die gegenüber Ungeimpften rigide autoritäre Haltungen zeigten. Diese Einstellungen ermöglichten ihnen „über die Prothesensicherheit einer wissenschaftlichen und staatlichen Autorität Kompensation von Ohnmachts- und Bedrohungsgefühlen“ (Decker/Kalkstein/Schuler u. a. 2022: 21).

Und hier lässt sich Kumkars These von der „Grenze der Aufklärung“ fortspinnen, denn der verabsolutierte Anspruch auf Gültigkeit institutionellen Wissens übersieht, dass Forschung erstens prozesshaft verläuft und mit stetigen Anpassungen und Überarbeitungen von Wissenserrungenschaften rechnen muss, und dass sich zweitens ihre Vertreter\*innen dessen durchaus bewusst sind, bewusster vielleicht als jene, die außerhalb des Wissenschafts-systems stehen, und ihr mehr *glauben*, als letztlich zu *wissen*.

Denn auch die Erwartungshaltung, dass allein die Wissenschaft alle Lösungen für aktuelle und zukünftige Krisen finden werde, und dass diese generell auf der Ebene des Wissens allein zu lösen seien, verkennt ein Problem, wie Alexander Bogner in seiner kritischen Schrift „Die Epistemisierung des Politischen“ treffend formuliert hat: „Die unerschütterliche Konzentration auf das Wissen rückt aus dem Blick, was politische Probleme eigentlich ausmacht und gesellschaftliche Konflikte anheizt: divergierende Werte, Interessen und Weltbilder“ (2021: 17). Im Kontext der Covid 19-Pandemie sei beispielsweise deutlich geworden, dass die Politik einem Teil ihrer Aufgaben nicht mehr nachkomme und an Autonomie verliere, wenn sie den Schluss ziehe, dass „ein direkter Weg von der Evidenz zur richtigen Politik“ (Bogner 2021: 19) führe, denn sie werde dann zu einer reinen Umsetzerin von Verwaltungsaufgaben. Ihre eigentliche demokratische Funktion erhalte Politik erst im Verhandeln von Werten (wie etwa der Frage, ob und in welchem Verhältnis wirtschaftliche, aber auch soziale und psychische Erwägungen gegenüber der Verhinderung etwa von Triage im Gesundheitswesen zum Tragen kommen sollten): „Im Kontext von Wertekonflikten erhöht sich die Autonomie der Politik; im Zusammenhang mit Wissenskonflikten hingegen lauert immer die Gefahr des Szientismus“ (Bogner 2021: 23).

Im Hinblick auf Wissenshoheit seien die Anti-Covid- und Anti-Klimawandel-Protestkulturen laut Bogner durchaus als antiautoritär zu verstehen, dahingehend, dass sie das von der Politik vertretene Wissen als alternativlos empfinden und diesem „Anspruch auf besseres Wissen“ (122) entgegenzutreten würden, getragen von einem zuweilen durchaus bizarren romantischen Wunsch nach „Wiederverzauberung der Welt“ (Bogner 2021:122).

Es sei nach Bogner keinesfalls eine Lösung, der Wissenschaft ihre Vormachtstellung nehmen zu wollen und Demokratisierung auch auf Wissenssebene anzustreben, wie dies etwa der Philosoph Paul Feyerabend forderte, als er Wissenschaft nur als eine Wissensproduzentin von vielen verstanden wissen wollte: „Die Expertenelite ist nichts (oder nackt), das Volk ist alles. [...] Die Leute haben immer recht. ‚Bürgerinitiativen statt Erkenntnistheorie‘ lautet[e] dann entsprechend Feyerabends Credo“ (Bogner 2021: 63). Solchen Bestrebungen, Demokratie „auf der Wissenssebene in Angriff zu nehmen“ attestiert Bogner eine „fatale Nähe“ zum „epistemischen Populismus“ (ebd.: 16). Das Beharren auf Wissen als zentraler Kategorie aller politischen Diskurse, solle uns dem Autor zufolge jedoch mit Sorge erfüllen, denn „selbst dann, wenn Werte-, Interessens- oder Glaubensfragen sich erfolgreich in Wissensfragen übersetzen lassen, [werden] die eigentlichen Probleme auch bei richtiger Beantwortung dieser Wissensfragen noch ungelöst sein“ (Bogner 2021: 123).

Angeichts dieser beiden kritischen und durchaus sorgenvollen Einschätzungen Kumkars und Bogners interessieren uns im vorliegenden Heft drei Fragen und Perspektiven, für die wir unterschiedliche Beispiele zusammenführen, welche die Breite des Problembereichs illustrieren helfen sollen: Wo und weshalb wird im aktuellen politischen Diskurs Wissen infrage gestellt und delegitimiert? Inwiefern wird Wissen in aktuellen Debatten (ggfs. vorschnell) legitimiert, und so ebenfalls instrumentalisiert? Und welchen Beitrag leisten Wissenschaftler\*innen selbst, um die eigene Zunft in der Öffentlichkeit zu desavouieren?

Ein Teil der Beiträge lässt sich als Fortsetzung des Schwerpunktes aus dem letzten Heft („Wissenschaftsfeindlichkeit“ 2022/2) lesen, denn diese befassen sich mit Infragestellungen, Diskreditierungen und konkreten Gefährdungen jenes Wissens, das aus der universitären Produktion stammt. Hierbei war es uns ein Anliegen, kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen, die auch Akteur\*innen der Wissenschaft selbst als Beitragende zu einem wissenschaftsfeindlichen Diskurs verstehen.

So beginnt das Heft mit einem Beitrag von Markus Linden, der ausgehend von Hannah Arendts immer noch aktueller Kritik an Intellektuellen aus den 1950er Jahren diskutiert, inwiefern auch heute manche Wissenschaftler\*innen Tatsachenwahrheiten leugneten und selbst Teil radikaler Diskursivierungsprozesse würden – quasi als „Bündnis zwischen ‚Mob und Elite““. Die historischen Beispiele lesen sich als interessante Vergleichsfolie zu heutigen Auseinandersetzungen um Wissenshoheit.

Ähnlich wie in der Diskussion um die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen, ist der Diskurs um Klimaschutz ein oftmals erhitzt geführter und polarisierender. Stine Marg stellt in ihrem Beitrag „Zwischen überhöhten Erwartungen und fehlendem Vertrauen: Wissenschaftsgläubigkeit und -skepsis im Kontext der Energiewende“ erste Ergebnisse einer Studie vor, in der anhand von Interviews und Fokusgruppen mit Personen, die sich bislang nicht aktiv für oder gegen Energiewendemaßnahmen engagiert haben, deren Einstellungsmuster zu Wissenschaft und Energiewende erhoben wurden. Die Befragten verfügten über ein überraschend hohes Technikverständnis und stellten wissenschaftliche Erkenntnisse kaum infrage – kritischer sei deshalb zu vermuten, dass sie Erwartungen an die Wissenschaft hegen könnten, die diese vielleicht gar nicht erfüllen kann.

Jochen Zenthöfer stellt mit seinem Beitrag zu Plagiatsdebatten in Politik und Wissenschaft ein weiteres Phänomen in den Mittelpunkt, das seine Wurzeln im (Fehl)Verhalten von Wissenschaftler\*innen hat, nämlich dem Nichteinhalten guter wissenschaftlicher Praxis sowie der Vertuschung von Ghostwriting. Die zahlreichen bekanntgewordenen Fälle von unredlich erworbenen Dokortiteln bei Politiker\*innen gießen „noch mehr Öl in das Feuer derer, die ‚der‘ Wissenschaft zunehmend mit alternativen Fakten ihre Reputation absprechen“ (S. 61), so sein Resümee.

Wissenschaftler\*innen erfahren jedoch keinesfalls nur berechtigte Kritik, sondern werden vielfach Zielscheiben von Hass und Hetze, wie wir im letzten Heft ausführlicher dargestellt haben. Gamze Damat berichtet nun anhand aktueller Zahlen aus der Praxis der Beratung des Demokratiezentrum Hessen: Hier haben Anfragen aus der Wissenschaft zu Diskriminierung und Bedrohung innerhalb wissenschaftlicher Institutionen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Einen Teil dieser Problematik machen Bedrohungen von Wissenschaftler\*innen aus, die zu politisch brisanten Themen forschen (vgl. Heft 2/2022, „Wissenschaftsfeindlichkeit“), aber auch innerhalb der Universitäten kommt es immer wieder zu Diskriminierung und Ausgrenzung von

Arbeitnehmer\*innen und Studierenden, weshalb Damat die grundsätzliche Frage aufwirft, ob die institutionseigenen Anlaufstellen diese Fälle überhaupt adäquat bearbeiten können oder es hier externer Beratungsangebote bedarf. Leonie Nützl trägt illustrierend einen Kurzbeitrag zum Ablauf der Ereignisse um den neuen Studiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ (Philipps-Universität Marburg) bei, welcher auf Blogs und in sozialen Netzwerken von rechten Akteur\*innen in Form eines Shitstorms offen diskreditiert wurde. Ein häufiges rhetorisches Argument solcher rechter Angriffe und ostentativer Beobachtungen von politischen Bildungsangeboten ist das Absprechen von Wissenschaftlichkeit oder Nutzen für die Gesellschaft.

Aber nicht nur Einzelpersonen oder wissenschaftliche Lehrangebote sind in der Wissenschaft Übergriffen ausgesetzt. Auch ganze Bildungsinstitutionen sehen sich Angriffen ausgeliefert, nämlich solchen, die auf digitale Infrastrukturen abzielen; der Schaden für die betroffenen Institutionen ist enorm. Wir haben die erhebliche Zunahme von Cyberangriffen auf Universitäten in den vergangenen Jahren zum Anlass genommen, eine Expertise aus der Informatik einzuholen. In „Cybersicherheit im Hochschulsektor – Universitäten im Visier von Cyberkriminellen“ erläutern René Treibert vom Clavis Institut für Informationssicherheit und Timo Faulborn, Masterstudent im Studiengang Cyber Security Management, über die verschärfte Bedrohungslage und neue Herausforderungen für die Cybersicherheit im Hochschulsektor. Sie erläutern typische Angriffsszenarios von ökonomisch motiviertem Datenklau bis Spionage und Sabotageakt, sowie die resultierende besondere Herausforderung für die Cybersicherheit an Hochschulen.

Philipp Kranemann und Ansgar Martins werben in ihrem Beitrag „Esoterik und politische Bildung“ dafür, sich sowohl in der schulischen als auch der außerschulischen Bildung stärker mit der Bedeutung von Esoterik auseinanderzusetzen. Hierbei ginge es sowohl darum, für die Verbreitung esoterischer Angebote innerhalb von etablierte Bildungsinstitutionen wie etwa Volkshochschulen zu sensibilisieren, als auch darum, innerhalb von Waldorfeinrichtungen mehr kritische Auseinandersetzung mit Ideologiefragmenten Rudolf Steiners zu wagen. Es gelte Antisemitismus und Verschwörungstheorien vorzubeugen. Die Autoren werten vorhandene Bildungsangebote aus und machen Vorschläge für politische Bildung und Esoterikforschung.

Wie im Rahmen der Corona-Protestbewegung aus digital verbreitetem Verschwörungsglauben und zunehmender Demokratieverachtung Gewalt entstehen kann, untersuchen Luis Caballero, Paul Erxleben und Laura Weidig

ausgehend vom Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein. Dieser war nach seinem Hinweis auf die geltende Maskenpflicht von einem radikalisierten Gegner der Covid-19-Maßnahmen erschossen worden. Die Autor\*innen kartieren soziologisch fundiert die im Corona-Protest vertretenen Milieus und präsentieren Erklärungsversuche für die hier oftmals beobachtbaren aggressiven und autoritären Dynamiken.

Im Forum beleuchtet Wolfgang Schroeder das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft. Er geht der Frage nach, inwieweit zivilgesellschaftliche Akteur\*innen sich gegen Durchdringungsversuche der extremen Rechten zur Wehr setzen können.

Weiterhin arbeiten Kurt Möller, Oliver Honer, Katrin Maier, Florian Neuscheler und Kai Nolde Faktoren für eine frühzeitige Distanzierung von ‚islamistischen‘<sup>1</sup> Haltungen heraus.

Das Forum schließt mit einem Beitrag von Jan Rau: Das Internet erscheint zunehmend als Raum für Akteur\*innen der extremen Rechten. Vor diesem Hintergrund geht Rau der Frage nach, wie auf die daraus resultierenden Herausforderungen plattformspezifisch reagiert werden kann.

Sophie G. Einwächter und Reiner Becker

## Literatur

Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Ditzingen.

Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Schuler, Julia/Celik, Kazim/Brähler, Elmar/Clemens Vera/ Jorg M. Ferget (2022): Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen, S. 91–126.

Kumkar, Nils C. (2022): Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntniserweiterung. Berlin.

Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:

DOI 10.46499/2171.2660

1 Zur Verwendung des Begriffes ‚Islamismus‘ vgl. S. 130 in diesem Heft.